

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 17. Juni 2019; Bericht

Am 17. Juni fand in Luxemburg eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt.

Die Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission (HV/VP) Federica Mogherini sprach unter dem Punkt laufende Angelegenheiten Venezuela in Zusammenhang mit den Gesprächen in Oslo an. Daneben wurde die Aktivierung von Titel III des Helms-Burton Acts durch die USA sowie die Schwarzmeerregion zur Sprache gebracht.

Der erste Tagesordnungspunkt beschäftigte sich mit der Effektivität der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), der von HV/VP Mogherini auch in den Kontext der folgenden Debatte zur EU-Globalstrategie gestellt wurde. Mehrere Mitgliedsstaaten sprachen dabei konkrete Maßnahmen an, um die Effizienz der GASP insgesamt zu steigern bzw. die Tagungen des RAB effizienter zu gestalten. Dazu gehörten Vorschläge wie der, den Tagesordnungspunkt „Laufende Angelegenheiten“ ausführlicher zu gestalten sowie die Agenda nicht zu überfrachten, die Nutzung kleinerer Formate und das Festlegen von konkreten Follow-ups. Bezüglich der Ausdehnung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen auf mehr Bereiche der GASP wurden die divergierenden Positionen der Mitgliedsstaaten klar.

Der zweite Tagesordnungspunkt EU-Globalstrategie fand als gemeinsame Sitzung der Außen- und Verteidigungsminister und –ministerinnen statt. Der Bundesminister für Landesverteidigung, Thomas Starlinger, und ich nahmen daran teil. Den Rahmen zu diesem Thema bot der dritte Umsetzungsbericht der 2016 veröffentlichten EU-Globalstrategie. Die Diskussion bot die Möglichkeit, den bisherigen Umsetzungsstand und zukünftige Prioritäten zu evaluieren. Die meisten Mitgliedsstaaten äußerten sich positiv zur EU-Globalstrategie und zum bisher Erreichten, beispielsweise im Bereich der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), wiesen aber auch auf Bereiche hin, in denen Verbesserungen noch nötig erscheinen.

Ich hob das österreichische Engagement bei den Missionen EUFOR Althea und EUTM Mali hervor und unterstrich die sicherheitspolitische Bedeutung von EU-Initiativen insbesondere in der Nachbarschaft der Europäischen Union. Ratschlussfolgerungen zu Sicherheit und Verteidigung im Kontext der Globalen Strategie der EU und zur Stärkung des regelbasierten Multilateralismus wurden angenommen.

Der letzte Tagesordnungspunkt widmete sich einem Gedankenaustausch zum Thema Sudan. Die vorgesehene Zuschaltung des Sondergesandten der Afrikanischen Union für den Sudan, Mohamed El Hacem Lebart, konnte aufgrund technischer Probleme nicht realisiert werden. Ich hob die Mediationsbemühungen der Afrikanischen Union und Äthiopiens hervor und drückte meine Besorgnis über die aktuellen Menschenrechtsverletzungen aus.

Ratschlussfolgerungen wurden zudem zur neuen Strategie der EU für Zentralasien, zum Engagement der EU im Rahmen der regionalen Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum und zu den EU Menschenrechtsleitlinien für einwandfreies Trinkwasser und Sanitärversorgung angenommen. Außerdem wurden der Beschluss (GASP) 2019/993 des Rates vom 17. Juni 2019 zur Aufhebung des Beschlusses (GASP) 2018/1006 des Rates über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Republik Malediven und die Verordnung (EU) 2019/985 des Rates vom 17. Juni 2019 zur Aufhebung der Verordnung (EU) 2018/1001 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in der Republik Malediven angenommen.

Die Schlussfolgerungen der Ratstagung sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

29. August 2019

Mag. Alexander SCHALLENBERG, LL.M
Bundesminister